



## Ampel-Sondierungen erfolgreich.

### Das Wichtigste:

- Spitzen von SPD, Grünen und FDP legen 12-seitiges Sondierungspapier vor und empfehlen Aufnahme von Koalitionsverhandlungen.
- SPD-Parteivorstand stimmt einstimmig für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen; Länderrat der Grünen stimmt ebenfalls zu; FDP-Gremien entscheiden am Montag.
- IG Metall Aktionstag am 29.10. muss deutliche Signale für #fairwandel setzen: sozial – ökologisch – demokratisch!

### Einordnung Ergebnispapier

Nur drei Wochen nach der Bundestagswahl steht die Entscheidung für Ampel-Koalitionsverhandlungen. Nach drei Sondierungsrunden zwischen SPD, Grünen und FDP wurde am Freitag ein [Ergebnispapier](#) als Entscheidungsgrundlage für die jeweiligen Parteigremien vorgelegt. Der SPD Parteivorstand und der Länderrat der Grünen haben bereits entschieden, auch von den FDP Parteigremien wird ein positives Votum erwartet. Damit ist der Weg frei für die ersten Rot-Gelb-Grünen Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene.

Das Sondierungspapier umfasst einige grundsätzliche Themen, über die die Verhandlungspartner vor

Eintritt in Koalitionsverhandlungen eine Vorfestlegung erreichen wollten. Es wurden die Themen identifiziert, die unter den drei Parteien besonders strittig sind und als zu klärende Vorbedingung für den Eintritt in Koalitionsverhandlungen galten.

Das Sondierungspapier erhebt also keinen Anspruch auf Vollständigkeit, eine Bewertung muss das berücksichtigen. Themen, die bisher keinen Eingang gefunden haben, müssen in den nun folgenden Koalitionsverhandlungen genau beobachtet werden.

Als erster Aufschlag einer möglichen neuen Regierungskoalition ist das nun vorliegende Papier insgesamt ein gutes Signal. Unser Land und die Beschäftigten in der Industrie und Handwerk können sich keine lange und quälende Regierungssuche leisten. Daher ist es gut, dass die Partner sich schnell und professionell auf Grundlagen einigen konnten. Ihr Leitmotiv einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung unseres Landes weist in die richtige Richtung. Wenn „Fortschritt“ die Überschrift sein soll, dann ist das nach einer langen großkoalitionären Zeit des Zögerns und Abwartens jetzt zu begrüßen. In welche Richtung ein solcher Fortschritt geht, muss und wird sich allerdings im Einzelnen herausstellen. Ansatzpunkte für die gewerkschaftliche Grundorientierung des fairen Wandels und der sozial-ökologischen Transformation sind jedenfalls gegeben.

Klar ist aber auch, dass die Verhandlungspartner nun in den Koalitionsverhandlungen nachlegen werden müssen. Vage Programme, Absichtserklärungen und Lippenbekenntnisse reichen nicht. Das Sondierungspapier zeigt, dass eine sozialdemokratisch geführte

#### Herausgeber:

IG Metall  
Wilhelm-Leuschner-Str. 79  
60329 Frankfurt  
Vertreten durch den Vorstand  
1. Vorsitzender: Jörg Hofmann

#### V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV:

Nancy Böhning  
IG Metall Vorstand  
FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik  
Ressort Politik und Verbände, Berliner Büro  
Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin

#### Redaktion:

Nancy Böhning und Bianca Webler  
Telefon: (030) 2592 705-41  
Email: [buero-berlin@igmetall.de](mailto:buero-berlin@igmetall.de)

Newsletter  
Nr. 15/2021



Ampelkoalition noch lange kein Selbstläufer für die Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen ist. In den Koalitionsverhandlungen müssen nun klare Antworten auf die Transformation und die Umgestaltung der Arbeitswelt gegeben werden. Es geht um die richtigen Prioritäten in den kommenden vier Jahren. Einen politischen Stillstand auf der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner können wir uns vor dem Hintergrund eines dringend nötigen Aufbruchs in Wirtschaft und Gesellschaft nicht erlauben. Ein solcher Weg würde auch nicht der Lebensrealität der Arbeitnehmer\*innen in unserem Land entsprechen. Aus Sicht der IG Metall muss ein solcher Aufbruch nach der Bundestagswahl ein Ziel haben, und für uns ist das modernes, nachhaltiges Wirtschaften bei gleichzeitig starkem sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die größte Schwäche des vorliegenden Papiers liegt deshalb sicher darin, dass es auf die Frage der Finanzierung der vielen Investitionen für die gewünschte Modernisierung und den Bau von Brücken für die Beschäftigten in die Arbeitswelt von morgen keine überzeugende Antwort gibt. Es soll deutlich mehr investiert werden, auf eine neue, gerechtere Steuerpolitik wird verzichtet und die Schuldenbremse soll bleiben. Der Widerspruch bleibt unaufgelöst, wenn nicht massiv an den Sozialausgaben gespart werden soll.

## **Unseren Forderungen beim Aktionstag am 29. Oktober Nachdruck verleihen**

Die folgende Übersicht macht deutlich, dass es viele Punkte gibt, die richtige Schlussfolgerungen beinhalten, im Sondierungspapier aber zahlreiche Themen noch nicht konkretisiert wurden und einige Punkte von der IG Metall kritisch bewertet werden. **Umso wichtiger ist, dass wir [unseren Forderungen](#) beim Aktionstag am 29. Oktober 2021 eine starke Stimme geben.**

Wir fordern u. a.:

- sichere Brücken in die Arbeitswelt von Morgen – keine Entlassungen in der Transformation!
- zukunftsfähige Arbeitsplätze und sichere Ausbildung – an unseren Standorten, in unseren Regionen! Klimaschutz geht nur mit Guter Arbeit.
- 500 Milliarden Euro öffentliche Zukunftsinvestitionen bis 2030!
- eine solidarische Finanzierung! Lasten und Kosten gerecht verteilen, Krisengewinner zur Kasse bitten!

## **Einige ausgewählte Punkte aus dem Sondierungspapier:**

### **Industrie, Energie, Mobilität und Klimaschutz**

Der Klimaschutz nimmt breiten Raum im Papier ein und damit auch die industrielle Transformation durch die Dekarbonisierung in den Sektoren Industrie, Energie, Mobilität, Gebäude und Landwirtschaft. Deutschland soll „auf den 1,5-Grad-Pfad gebracht werden“.

- ▶ Das Klimaschutzgesetz soll weiterentwickelt werden, ein Klimaschutz-Sofortprogramm wird versprochen, die Einhaltung der Klimaziele soll nunmehr sektorübergreifend und mit einer mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden.
- ▶ Den Kohleausstieg wollen die Parteien auf das Jahr 2030 vorziehen.
- ▶ Für Windkraft an Land sollen zwei Prozent der Fläche ausgewiesen werden. Die Windkraft auf See soll erheblich gesteigert werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien soll "drastisch" beschleunigt werden.



- ▶ Zudem sollen "alle geeigneten Dachflächen" künftig für die Solarenergie genutzt werden. Bei gewerblichen Neubauten soll dies verpflichtend, bei privaten Neubauten soll es die Regel werden.
- ▶ Neue Gaskraftwerke müssen so gebaut werden, dass sie auf klimaneutrale Gase (H<sub>2</sub>-ready) umgestellt werden können.
- ▶ Die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis soll so schnell wie möglich beendet werden.
- ▶ Zur Transformation im Automobilbereich orientiert sich das Papier an den Vorschlägen der EU-Kommission: In Europa sollen 2035 nur noch CO<sub>2</sub>-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden. Man will das aber „entsprechend früher in Deutschland“ erreichen.
- ▶ Außerhalb des Systems der Flottengrenzwerte wollen sich die Partner dafür einsetzen, dass „nachweisbar nur mit E-Fuels betankbare“ Fahrzeuge weiterhin neu zugelassen werden können.
- ▶ Deutschland soll zum Leitmarkt für Elektromobilität werden und der Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur massiv beschleunigt werden.
- ▶ Auf die Einführung eines Tempolimits wird verzichtet.

Wenn es auf dem Weg zu den deutschen Klimazielen nun zwischen den Sektoren mehr Flexibilität geben sollte, dann würde die IG Metall das begrüßen. Unterschiedliche Geschwindigkeiten, unvorhergesehene Entwicklungen und Folgeeffekte könnten so besser berücksichtigt werden. Auch die Ankündigungen zur drastischen Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren sind zu begrüßen und entsprechen unseren [metallforderungen](#), wie auch die Passage zu Gaskraftwerken und die Abschaffung der EEG Umlage. Dafür

allerdings werden enorme Haushaltsmittel benötigt, was die Finanzierungsfrage umso dringlicher macht.

Es ist gut, dass es kein nationales „Verbrennerverbot“ gibt und dass die Tür für alternative Technologien nicht zugeschlagen wird. Dringlicher aber ist es, den Technologiepfad der batterieelektrischen Mobilität jetzt voranzubringen. Auf die Ankündigungen zur Ladeinfrastruktur müssen Taten folgen.

- ▶ Die Koalition erkennt in diesem Zusammenhang an: „Die Industrie steht vor einer weitreichenden Transformation, dabei werden wir sie unterstützen. Wir fördern regionale Transformationscluster und werden strukturschwache Regionen unterstützen.“

Darunter könnte man die IGM-Ansätze der regionalen Strukturpolitik im Grundsatz abgedeckt sehen. Problematisch ist allerdings die Konzentration auf „strukturschwache“ Regionen, was gerade die Eigenheit der Transformation verfehlt. Hier sind auch Regionen betroffen, die heute gerade nicht strukturschwach sind, es allerdings zu werden drohen. Die jetzige Bundesregierung ist mit einigen ihrer Förderansätze bereits weiter, dahinter darf die neue nicht zurückfallen.

## Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung

Zu diesem Thema enthält das Sondierungspapier nur allgemeine Bekenntnisse und einige Absichtserklärungen. Man bekennt sich zur Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, Tarifpartner und Tarifbindung sollen gestärkt, die Mitbestimmung weiterentwickelt werden. Auch hier werden wir als Gewerkschaften in den Koalitionsverhandlungen unsere konkreten Forderungen einbringen.



## Arbeit und Qualifizierung

- ▶ Der gesetzliche Mindestlohn soll im ersten Jahr auf zwölf Euro pro Stunde erhöht werden. Im Anschluss daran soll weiterhin die Mindestlohnkommission über etwaige Erhöhungsschritte entscheiden.
- ▶ Die Minijob-Grenze soll sich künftig an einer Wochenarbeitszeit von zehn Stunden zu Mindestlohnbedingungen orientieren und wird auf 520 Euro erhöht.
- ▶ Arbeitnehmer\*innen sollen unter bestimmten Voraussetzungen ihre Arbeitszeit flexibler gestalten können. Außerdem soll "eine begrenzte Möglichkeit" zur Abweichung von den Regelungen der Tageshöchstleistungszeit geschaffen werden, wenn Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen dies vorsehen (Experimentierräume).
- ▶ Das duale Ausbildungssystem wird als Erfolgsmodell beschrieben; der Übergang von der Schule in berufliche Bildung soll verbessert, Jugendberufsagenturen sollen optimiert und ausgebaut und eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung geschaffen werden.
- ▶ Das BAföG soll reformiert und elternunabhängiger gestaltet werden. Darüber hinaus sollen Weiterbildung und berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten gestärkt werden.
- ▶ Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll praktikabler werden. Zudem wollen die drei Parteien ein Punktesystem als zweite Säule zur Gewinnung von qualifizierten Fachkräften einführen.
- ▶ Selbständigkeit soll durch bessere Gründungsförderungen sowie einen Abbau unnötiger Bürokratie gefördert und gleichzeitig sollen (Solo-)Selbständige besser abgesichert werden.

- ▶ Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen soll verringert werden und mehr Frauen sollen in Führungspositionen kommen.

Aus Sicht der IG Metall ist vor allem die Erhöhung des Mindestlohnes zu begrüßen. Der Flexibilisierung der Arbeitszeiten und den Regelungen zu Mini- und Midijobs stehen alle DGB Gewerkschaften kritisch gegenüber, hier kommt es sehr auf die Details der späteren Ausgestaltung an. Viele andere Projekte sind bisher nur vage formulierte Absichtserklärungen, so auch alles zum Thema Qualifizierung und Weiterbildung. Hier wird die IG Metall während der Koalitionsverhandlungen die Bedeutung des Themas in der Transformation und unsere Vorschläge dazu mit Nachdruck einbringen.

## Soziale Sicherheit

- ▶ Anstatt des bisherigen Hartz-IV-Systems wollen die drei Parteien ein „Bürgergeld“ einführen, das mehrere Sozialleistungen bündelt. In diesem Zusammenhang sollen die großzügigeren Regeln (z. B. Vermögensanrechnung) während der Corona-Zeit auf Fortführung überprüft werden. An „Mitwirkungspflichten“ soll aber festgehalten werden.
- ▶ In der gesetzlichen Rente soll das Mindestrentenniveau von 48 Prozent gesichert werden. Es soll keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des Renteneintrittsalters geben. Allerdings soll innerhalb der Deutschen Rentenversicherung zu einer teilweisen Kapitaldeckung übergegangen werden. Dazu wird der DRV 2022 ein Kapitalstock von zehn Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln zugeführt. Der Rentenversicherung soll ermöglicht werden, ihre Reserven am Kapitalmarkt reguliert anzulegen.



- ▶ Darüber hinaus soll die private Altersvorsorge reformiert werden. Ein obligatorischer aber abwählbarer „Fonds“ soll „geprüft“ werden. Zudem sollen womöglich Angebote abseits der Riester-Produkte förderbar werden. Samt Zuschüssen für untere Einkommensgruppen.
- ▶ Die gesetzliche und die private Kranken- und Pflegeversicherung soll erhalten bleiben

Das Bekenntnis zur stabilen gesetzlichen Rente ist sicher gut, aber die gesetzliche Rente stärker an den Kapitalmarkt zu bringen sieht die IG Metall kritisch. Das gilt auch für einen zusätzlichen obligatorischen Fonds in der privaten Altersvorsorge.

Vom „Bürgergeld“ ist außer dem Begriff noch nicht viel Konkretes beschrieben. Angesichts der FDP-Ideen zum „liberalen Bürgergeld“ ist aus gewerkschaftlicher Sicht Vorsicht geboten. Hier kommt es auf die Ausgestaltung an. Es ist bedauerlich, dass bisher keine Ansätze zur Bürgerversicherung und Erwerbstätigenversicherung benannt werden, weder in der Renten-, Kranken- noch in der Pflegeversicherung.

## Investitionen, Finanzen und Steuern

- ▶ Investitionen, privat und öffentlich, sollen deutlich erhöht werden. Die Schuldenbremse soll weiterhin erhalten bleiben. Alle Investitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie Infrastruktur stehen unter ihrem Vorbehalt.
- ▶ Es soll keine Steuererhöhungen geben. Auf die Einführung neuer „Substanzsteuern“ wird verzichtet und Steuern wie zum Beispiel die Einkommen-, Unternehmens- oder Mehrwertsteuer sollen nicht erhöhen werden.

- ▶ Staatseinnahmen sollen stattdessen auf andere Weise generiert werden. Der Kampf gegen Steuervermeidung, Geldwäsche und Steuervermeidung soll intensiviert werden und sich aktiv für die Einführung der globalen Mindestbesteuerung eingesetzt werden.
- ▶ Spielräume im Haushalt sollen durch die Abschaffung von unwirksamen und klimaschädlichen Subventionen und Ausgaben geschaffen werden.
- ▶ Die Entlastung der Kommunen von Altschulden soll überprüft werden.

Hier liegt der größte Schwachpunkt des Papiers und der Einfluss der FDP ist am stärksten zu spüren. Es ist bedauerlich, dass Gutverdienende und Vermögende auch künftig keinen stärkeren Beitrag zur Finanzierung der Zukunft dieses Landes und der Sicherheit im Wandel leisten sollen. Hier muss das Bundestagswahlergebnis nüchtern anerkannt werden.

Unter den gegebenen Umständen begrüßt die IG Metall aber, dass die Notwendigkeit verstärkter Investitionen von den drei Partnern anerkannt wird. Wir werden in den Koalitionsverhandlungen darauf drängen, dass hier wirklich alle Spielräume, die die Schuldenbremse bietet, ausgenutzt werden. Denn der Investitionsstau in unserem Land ist muss aufgelöst werden.

## Bauen und Wohnen

- ▶ Die mögliche Koalition will den Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr festschreiben, davon sollen 100.000 öffentlich gefördert werden.
- ▶ Der Klimaschutz beim Neubau soll gestärkt werden.
- ▶ Geltenden Mieterschutzregelungen sollen evaluiert und verlängert werden.





- ▶ Mit der „Wohngemeinnützigkeit“ wird ein weiteres Element im Sondierungspapier erwähnt.
- ▶ Zusätzlich soll ein "Bündnis bezahlbarer Wohnraum" mit relevanten Akteuren ins Leben gerufen werden.

Diese Absichtserklärungen sind erst einmal zu begrüßen. Insbesondere bei den Mieterschutzregelungen kommt es darauf an, die Möglichkeiten auch wirklich im Sinne der Mieter\*innen auszuschöpfen. Beim Wohnungsneubau und beim Klimaschutz im Gebäudesektor kommt nun alles auf die Umsetzung an, auch hier werden wir uns in den Koalitionsverhandlungen einbringen.

## Moderner Staat und Digitalisierung

- ▶ Die Parteien formulieren das Ziel eines "modernen Staats und digitalen Aufbruchs". Der Staat soll schneller und effektiver handeln können.
- ▶ Die „digitalpolitische Strategie der Bundesregierung“ (u. a. KI-Strategie, Datenstrategie, Blockchain-Strategie) soll neu aufgesetzt werden.
- ▶ Der Gigabit-Ausbau soll engagiert vorangetrieben werden.
- ▶ Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden. Im ersten Jahr der Koalition sollen die Entscheidungen getroffen werden, um private und staatliche Investitionen schnell und zielsicher umsetzen zu können. Die Verfahrensdauer soll halbiert werden.

All das sind wichtige und richtige Ziele. Insbesondere die Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ist ein dringliches Vorhaben, das eine Vielzahl von Gesetzen und alle staatlichen Ebenen betrifft. Für die Transformation der Industrie und die Erneuerung der Infrastruktur von Energienetzen über schnelles Internet bis Ladeinfrastruktur ist dies zentral.

## Kinder, Vielfalt, Demokratie

- ▶ Familienförderungen sollen in einer Kindergrundsicherung gebündelt werden, die automatisch ausgezahlt wird.
- ▶ Kinderrechte sollen ins Grundgesetz Eingang finden.
- ▶ Staatsangehörigkeitsrecht, Familienrecht, Abstammungsrecht und das Transsexuellengesetz sowie Regelungen zur Reproduktionsmedizin sollen angepasst werden.
- ▶ Ein Demokratiefördergesetz wird angekündigt.
- ▶ Das Wahlalter bei Bundestagswahlen soll auf 16 Jahre gesenkt werden.

In diesem Politikfeld kann eine Ampelkoalition eine besondere Stärke entwickeln, die drei Parteien haben hier viele Gemeinsamkeiten. Die IG Metall begrüßt diese familien- und gesellschaftspolitischen Initiativen. Natürlich muss hier in vielen Punkten noch nachgeschärft werden, z. B. beim Entgeltgleichheitsgesetz. Aber der Ansatz ist vielversprechend.